

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Europausschuss**

43. Sitzung

am Mittwoch, dem 1. Dezember 1999, 10:00 Uhr  
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Thorsten Geißler (CDU)

Stellv. Vorsitzender

Dr. Gabriele Kötschau (SPD)

Birgit Küstner (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Torsten Geerds (CDU)

Peter Lehnert (CDU)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Fehlende Abgeordnete**

Ulrike Rodust (SPD)

Bernd Saxe (SPD)

Claus Ehlers (CDU)

Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Regionalrat Sønderjylland/Schleswig</b>	4
- Arbeit, Ziele, Möglichkeiten	
<b>2. Partnerschaftsabkommen zwischen dem Schleswig-Holsteinischen Landtag und der Kaliningrader Gebietsduma</b>	9
hierzu: Umdrucke 14/4114, 14/4131	
<b>3. Bericht über Aktivitäten der Landesregierung im Ostseeraum 1998/1999 (Ostseebericht)</b>	12
Bericht der Landesregierung Drucksache 14/2289	
<b>4. Northern Dimension - Bericht des MJBE</b>	13
hierzu: Umdruck 14/2417	
<b>5. Umsetzung des Kooperationsabkommens der schleswig-holsteinischen Landesregierung mit der Kaliningrader Oblast</b>	17
hierzu: Umdruck 14/4130	
<b>6. Erster Sachstandsbericht über die im Zusammenhang mit der Lettland/Litauen-Reise aufgeworfenen Fragen des Europaausschusses</b>	22
<b>7. Verschiedenes</b>	23

Der stellv. Vorsitzende, Abg. Thorsten Geißler, eröffnet die Sitzung um 10:09 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest der stellv. Vorsitzende ein Dankeschreiben der Europäischen Bewegung Schleswig-Holstein an ihn, anlässlich der Gemeinschaftsveranstaltung im Landeshaus „Zur Europäischen Verfassung aus der Sicht der nordischen Nachbarn“ die Einführung übernommen und am Podiumsgespräch teilgenommen zu haben. Diesen Dank gibt er weiter an diejenigen Ausschussmitglieder, die ebenfalls die Veranstaltung besucht haben. Die Europäische Bewegung zeige sich weiter sehr interessiert an einer Zusammenarbeit mit dem EU-Ausschuss bezüglich dieses Themas. Wie der Ausschuss am 18.11.1999 beschlossen habe, solle die Beschäftigung mit der Europäischen Verfassung in der neuen Legislaturperiode weitergeführt werden.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Regionalrat Sønderjylland/Schleswig**

- Arbeit, Ziele, Möglichkeiten

Der deutsche Vorsitzende des Regionalrats, Kreispräsident Johannes Petersen, stellt den Regionalrat anhand von Folien vor. Er bezeichnet den europäischen Gedanken als Motor und Antrieb für die Region, zumindest auf deutscher Seite. Grundlage für die Gründungsaktivitäten sei die europäische Charta der Grenz- und grenzüberschreitenden Regionen gewesen. Der Satz in der Charta „Die Grenzen der Nationalstaaten durchschnitten häufig die europäischen Geschichtslandschaften mit ihren Regionen und Volksgruppen“ sei typisch und prägend für die Region Sønderjylland/Schleswig. Denn die Grenze, die diese Region durchschneide, existiere erst seit dem Jahre 1920.

Ziel des Regionalrates sei es gewesen, eine Europaregion beziehungsweise eine Euroregion zu gründen. Der Name sei allerdings zunächst am dänischen Widerstand gescheitert. Dessen ungeachtet sei es gelungen, eine Region zu gründen, weil die Voraussetzungen, die dafür gegeben gewesen seien, in fast 25 Jahren Zusammenarbeit geschaffen worden seien.

Seit den siebziger Jahren habe es ein deutsch-dänisches Forum gegeben, in dem sich die Politiker der vier Partner etwa einmal jährlich in lockerer Form getroffen und miteinander Kontakt

gepflegt hätten. Auf diesen Foren habe man sich zwar kennen gelernt, aber man habe nicht viel bewegen können.

Mehr Schub habe die Zusammenarbeit erst durch die EU-Programme INTERREG I und INTERREG II seit 1989 bekommen. Beispielhaft seien folgende dadurch verwirklichte Projekte zu nennen: Die Kooperation der Innovationszentren in Tondern und Niebüll, der deutsch-dänische Studiengang für betriebliche Bildung und Management in der BU-Flensburg und der Universität Süd in Dänemark oder auch das Projekt der Kanalnetzsteuerung in der Flensburger Förde, ein gemeinsames Projekt zwischen den Gemeinden diesseits und jenseits der Grenze an der Flensburger Förde.

Die Gründer seien der Meinung gewesen, dass die Zusammenarbeit über die Grenze noch umfassender und vor allen Dingen kontinuierlicher zu entwickeln sei. In vielen Gesprächen seien die unterschiedlichen Möglichkeiten untersucht worden.

Heute bestehe die einhellige Meinung, dass es gelte, dazu beizutragen, die Region wieder als eine gemeinsame Region zu verstehen, die auch eine regionale Identität entwickle. Dies gelte umso mehr, als die Förde im Grunde kein trennendes, sondern ein verbindendes Gewässer sei, das die Menschen in der Region verbinde.

Ziel sei es, als Region stark gegenüber Brüssel dazustehen und im Wettbewerb mit anderen Regionen zu bestehen.

Die pragmatische, grenzüberschreitende Zusammenarbeit zur Lösung einzelner Sachfragen wie beispielsweise neben den bereits genannten Aktivitäten auch die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Verschmutzung der Förde, wo es etwa 20 Jahre lang die sogenannte Fördekommission gegeben habe, habe das gegenseitige Vertrauen in eine institutionalisierte und effektive Zusammenarbeit gestärkt. Seit 1995 sei an der konkreten Formulierung einer Vereinbarung gearbeitet worden. Er wisse sehr wohl, dass auch Minister Walter auf der deutsch-dänischen Bürgermeisterkonferenz diese Zusammenarbeit forciert habe, indem er gefordert habe, endlich etwas Gemeinsames auf die Beine zu bringen. Dieser Pusch sei sehr hilfreich gewesen.

Dennoch habe es etwa zwei Jahre gedauert, bis man eine Formulierung gefunden habe und zu einem Ergebnis gekommen sei. Zunächst habe es insbesondere in Dänemark eine starke Protestwelle gegeben, mit Auswüchsen, wie man sie sich heute nicht mehr vorstellen könne, bis hin zu persönlichen Anschuldigungen des Nordschleswigschen Amtbürgermeisters als Vaterlandverräter. Letzten Endes habe aber die beiderseitige Standfestigkeit insbesondere auch auf

dänischer Seite dazu geführt, dass am 16. September 1997 die gemeinsame Vereinbarung unterschrieben werden konnte. Darin sei vor allem festgelegt worden, dass die Vereinbarung auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der Achtung vor der besonderen kulturellen Eigenart und Selbstständigkeit jeder Seite getroffen wird, dass Beschlüsse nur in grundsätzlicher Übereinstimmung gefasst werden können und dass jede Seite die nationale Gesetzgebung in ihrem eigenen Land beachtet und auf die rechtlichen Verhältnisse auf der anderen Seite Rücksicht nimmt.

Ziel sei die Verwirklichung gemeinsamer Aktivitäten, die die Entwicklung der Region fördern, die Kontakte zwischen der Bevölkerung verbessern, die Wirtschaft und die Verbände auf beiden Seiten zusammenbringen und in dieser Zusammenarbeit über die Grenze hinweg die Region im europäischen Beziehungsrahmen als Einheit erscheinen lassen.

Dieses habe bereits bei einem konkreten Anlass im Amtsrat in Sønderjylland zur Verwirrung geführt. Die Vereinbarung als solche sei auf unbestimmte Zeit getroffen worden. Allerdings könne sie jederzeit aufgelöst werden, wenn eine Seite es wünsche. Zum Ziele habe man sich gesetzt, nach drei Jahren eine Evaluierung vorzunehmen, wie weit man in der Zusammenarbeit gekommen sei und ob es sich lohne weiterzumachen.

Im Weiteren stellt der Regionalratsvorsitzende die Organisation vor und schildert die Finanzierungsmodalitäten. Jährlich stünden 500.000 DM zur Verfügung, die zu 50 % über das INTERREG-Programm finanziert würden. Den Rest teilten sich die dänische und die deutsche Seite. Für die Übernahme der Kosten nach dem 31.10.2000 müssten die Kosten dann ganz von den Mitgliedern übernommen werden; dazu habe die deutsche Seite bereits einen entsprechenden Beschluss gefasst. Die deutsche Seite habe erklärt, die Zusammenarbeit über den 31.10.2000 hinaus fortsetzen zu wollen. Bei der dänischen Seite stehe ein solcher Beschluss im Amtsrat noch aus. Man hoffe, dass ein gleichlautender Beschluss gefällt werde.

Im Weiteren schildert Vorsitzender Johannes Petersen die Ziele, die der Regionalrat verfolge; er geht dabei auch auf die Schwierigkeiten ein, die im Einzelnen noch zu überwinden seien. Er nennt unter anderem die Überwindung der Sprachbarrieren, die Schwierigkeiten beim grenzüberschreitenden Pendlerverkehr und die wirtschaftlichen Aktivitäten von Handwerksbetrieben diesseits und jenseits der Grenze. Hier gelte es noch sehr viele Vorurteile zu überwinden. Hierzu habe der Regionalrat eine Untersuchung in Auftrag zu geben, in der festgestellt worden sei, welche Barrieren es tatsächlich noch für die Betriebe gebe, insbesondere für die deutschen Betriebe, die in Dänemark arbeiten wollten. Während in Deutschland dänische Handwerksbetriebe sehr aktiv seien und es kaum Probleme gebe, gebe es in Dänemark noch sehr viele Barrieren, zum großen Teil auch noch in den Köpfen der Menschen. Auch diese gelte es zu überwinden.

Der Bericht sei inzwischen abgeschlossen und solle allen Interessierten zur Verfügung gestellt werden. Er hoffe auf die Unterstützung und Zusammenarbeit aller, um den deutschen Betrieben Hinweise und Hilfe geben zu können, wenn sie in Dänemark arbeiten wollten.

Im Weiteren schildert Kreispräsident Johannes Petersen Beispiele, wie man versucht habe, die Menschen zusammenzubringen. Das sei für ihn die Voraussetzung dafür, die noch existierenden Probleme in Zukunft leichter zu lösen. Beispiele für solche gemeinsamen Aktivitäten seien die Durchführung eines grenzüberschreitenden Europatages, gemeinsame Ausstellungen beziehungsweise gemeinsame Sportveranstaltungen und der Aufbau eines grenzüberschreitenden Industriemuseums über die alte Industrielandschaft im alten Herzogtum Schleswig.

Als weitere wichtige Aufgaben benennt Regionalratsvorsitzender Petersen die Förderung der gegenseitigen Sprachen bereits im Kindergarten und eine intensiviertere Zusammenarbeit in der Umweltpolitik sowie den Aufbau eines grenzüberschreitenden ÖPNV und einer gemeinsamen Raumplanung.

Abschließend zählt Regionalratsvorsitzender Petersen die weiteren Vorhaben der Zukunft auf:

1. Ein gemeinsames Buch über die Region Sønderjylland/Schleswig;
2. eine geographische Karte der Region im Maßstab 1:250.000;
3. Überlegungen zur Neugestaltung des Grenzübergangs Krusa-Kupfermühle;
4. die Wiederherstellung alter Straßenverbindungen nach dem Beitritt Dänemarks zum Schengener Abkommen. Dabei handele es sich um alte Straßen, die bei der Grenzziehung 1920 stillgelegt worden seien.
5. Die Gründung einer grenzüberschreitenden Verbraucherberatung;
6. ein Grenzpendlerbüro zur Erleichterung der Arbeitsaufnahme beiderseits der Grenze, vergleichbar dem Grenzpendlerbüro in der Euregio im deutsch-holländischen Grenzraum in Gronau.

Abschließend geht er auf die Vorstellungen des Regionalrates ein, zu einer gemeinsamen Regionalplanung zu kommen und über die Ernennung zum Träger öffentlicher Belange Gelegenheit zu bekommen, eines Tages auch über die INTERREG-Mittel mit zu verhandeln und mit zu entscheiden. Dies sei besonders wichtig, denn wenn der Regionalrat Bestand und Zukunft ha-

ben solle, brauche er in Zukunft auch Kompetenzen. Es genüge nicht alleine, ein Büro einzurichten und mit 500.000 DM auszustatten, in dem viele Ideen entwickelt werden könnten, sondern es müsse auch Kompetenzen und Mitsprachemöglichkeiten geben.

Regionalratsvorsitzender Petersen schließt seinen Vortrag mit der Feststellung, dass mit der Gründung der europäischen Region Sønderjylland/Schleswig noch nicht das Ziel erreicht sei, eine Region zu sein, dass aber immerhin ein Prozess in Gang gesetzt worden sei. Eine Region zu werden sei eine Aufgabe, die mit der Schaffung von Gremien erst beginne. Manche Mitglieder auf der deutschen Seite seien ungeduldig und meinten, jetzt müsse schlagartig gemeinsam gehandelt, entwickelt, umgesetzt und verwirklicht werden. Dies gehe leider nicht. Ein guter Vergleich sei die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Jahre 1956. Vorangegangen sei die Idee eines geeinten Europas. Diese Idee sei auch nicht auf einen Schlag verwirklicht worden, sondern gehe in Schritten voran. Zunächst einmal anzufangen erscheine ihm das Entscheidende zu sein. Geduld zahle sich aus, und das sehe man daran, dass sich heute in dieser Region sowohl bei den Menschen wie auch bei den Medien ein Bewusstseinswandel zeige. Der Name „Region Sønderjylland/Schleswig“ sei inzwischen ein Begriff. Sollte sich die Übertragung von gemeinsamen Kompetenzen verwirklichen, werde man sicherlich in Zukunft zu einer wirklich gemeinsamen Region zusammenwachsen.

Mit einem Dank an die Berichterstattung begrüßt der stellv. Vorsitzende die bereits vorhandene konkrete Zusammenarbeit und sagt im Rahmen der Möglichkeiten eine aktive Begleitung durch den Ausschuss zu.



Punkt 2 der Tagesordnung:

**Partnerschaftsabkommen zwischen dem Schleswig-Holsteinischen Landtag  
und der Kaliningrader Gebietsduma**

hierzu: Umdrucke 14/4114, 4131

Mit Verweis auf Umdruck 14/4114 erläutert L Dr. Jürgen Schöning eingangs den Ablauf, wie es zu der beabsichtigten Unterzeichnung einer Vereinbarung über den Ausbau der parlamentarischen Kontakte zwischen dem Schleswig-Holsteinischen Landtag und der Kaliningrader Gebietsduma gekommen sei.

Heute gehe es Landtagspräsident Heinz-Werner Arens um folgendes. Da die Gebietsduma in einer Plenartagung am 9. Dezember 1999 zweifelsohne eine einstimmiges Votum beschließen werde, sollte vorab geklärt werden, wie das schleswig-holsteinische Landesparlament dieses Abkommen behandeln solle und wolle. Solche Fragen der Außenvertretung seien weder in der Verfassung noch in der Geschäftsordnung geregelt. Rechtlich wäre es möglich, dass LP ein solches Abkommen im Benehmen mit dem Ältestenrat abschließe. Da der Landtag nach der Verfassung aber öffentliche Angelegenheiten zu behandeln habe, gehe die Tendenz von LP dahin, dieses Thema in der Plenarsitzung der Dezember-Tagung zur Debatte zu stellen. Denkbar sei hierfür ein interfraktioneller Antrag oder aber ein Bericht des Europaausschusses, der sich mit diesem Thema im Wege der Selbstbefassung beschäftigen könne. Dazu sollte der Ausschuss eine Meinung abgeben.

Im Weiteren schildert L Dr. Schöning den Hintergrund für die Bitte der Kaliningrader Gebietsduma, ein solches Abkommen abzuschließen. Mit entscheidend dafür, dass gerade das schleswig-holsteinische Parlament ein solches Abkommen mit der Kaliningrader Gebietsduma schließen solle, seien die guten Kontakte und das Netzwerk langer persönlicher Beziehungen nicht nur durch die Zusammenarbeit im Ständigen Komitee, sondern auch bei vielen anderen Treffen.

Die Notwendigkeit, ein solches Abkommen nicht nur zu unterzeichnen, sondern auch mit Leben zu erfüllen, so fährt L Dr. Schöning fort, sei von Präsident Ustyugov wiederholt unterstrichen worden. Auf die Frage, was für ihn auf der obersten Prioritätenliste der politischen Wünsche stehe, habe er folgende Punkte erwähnt. Erstens die Fragen, die sich aus der künftigen Isolierung Kaliningrads ergäben; er habe von einem „Baltic Schengen“ gesprochen und den Wunsch ausgedrückt, die Fragen des Grenzverkehrs gemeinsam zu lösen. Als zweites habe er den Wunsch genannt, dass das Abkommen mit Schleswig-Holstein praktische Konsequenzen

haben möge. Es seien immer unendlich viele Delegationen im Ostseeraum und in der Kaliningrader Oblast unterwegs, die wenigsten jedoch hätten praktische Konsequenzen und die Menschen dort würden es ein wenig leid, immer nur Besuche zu erhalten, aber niemals Konsequenzen zu sehen. Deshalb sei es auch ein ganz großer Erfolg des gemeinsamen Workshops in der vergangenen Woche in Kaliningrad gewesen, dass das in den Delegationen Besprochene bereits an sehr vielen Stellen praktische Auswirkungen habe. Die Resonanz auf Kaliningrader Seite sei sehr ermutigend gewesen.

Nun sei die Frage zu klären, wie ein solches Abkommen implementiert werden könne. Einhellige Meinung der beiden Seiten sei, sich auf keinen Fall auf ein Sammelsurium von Wünschen und Absichtserklärungen einzulassen, sondern man wolle sich von zwei Gesichtspunkten leiten lassen, nämlich erstens von der Frage, was parlamentsspezifisch sei. Das zweite sei die Frage, was praktisch realisierbar sei.

Wenn man diese beiden Aspekte zugrunde lege, so unterstreicht L. Dr. Schöning, dann seien aus der Sicht beider Vertragspartner das Parlamentsspezifischste und auch das Notwendigste, das heißt das, was gewissermaßen die Klammer für alle anderen konkreten Aktivitäten auch auf der Seite der Regierung und anderer Akteure auf der lokalen Ebene herstelle, der Aufbau einer Zivilgesellschaft sowie die Vermittlung demokratischer Strukturen. Das allerdings müsse geschehen im partnerschaftlichen Miteinander, ohne den Zeigefinger als Besserwisser zu erheben. Deswegen beruhe der Entwurf des Memorandums auch an keiner Stelle den Ansatz, von der einen Seite zur anderen nur belehren zu wollen, sondern es sei sehr neutral dargestellt worden, welche Aufgaben im Rahmen des Aufbaus einer Zivilgesellschaft zu lösen seien. Man habe im Rahmen des Workshops mit den Dumaabgeordneten über konkrete Projekte gesprochen, die ihren Niederschlag in dem Memorandum gefunden hätten.

Anschließend wolle er zu dem Thema „Aufbau einer Zivilgesellschaft“ darauf hinweisen, dass das Schleswig-Holsteinische Institut für Friedensforschung seit vielen Jahren auf diesem Sektor führend tätig sei. Das Institut habe zum Beispiel für die Ostseeparlamentarierkonferenz vor vier Jahren auf Bornholm eine umfangreiche Studie zu diesem Thema vorgelegt. Es werde nun im Auftrage des Landtages eine Explorationsstudie für dieses Kaliningrad-Projekt des Landtages zum kommenden Frühjahr erarbeiten. Es gehe in dieser Explorationsstudie darum, Aussagen zu den Schwerpunkten „Identifikation der am Aufbau einer Zivilgesellschaft in Kaliningrad beteiligten Akteure“ und „Potentiale für Kooperationsprojekte“ zu machen. Diese Studie solle die Bemühungen des Landtages unterstützen, Projekte der Zusammenarbeit und der Stärkung einer Zivilgesellschaft in Kaliningrad auf den Weg zu bringen. Dabei sei insbesondere daran gedacht - Präsident Ustyugov habe nachdrücklich unterstrichen, dass er daran sehr stark interessiert sei -, auch mit Nichtregierungsorganisationen ins Gespräch zu kommen. Dies sei ein

ganz deutlicher Wandel im Bewusstsein, und hier liege die große Chance, auf dem Hintergrund eines sich wandelnden Bewusstseins die Begriffe Zivilgesellschaft, Aufbau einer demokratischen Gesellschaft, mit konkreten Projekten zu beleben und mit Leben zu erfüllen.

L Dr. Schöning schildert abschließend seine persönliche Wahrnehmung, dass es außerordentlich eindrucksvoll sei, unter welchen zum Teil schwierigen Bedingungen die Abgeordneten in Kaliningrad bemüht seien, im Rahmen der ihnen von Moskau eingeräumten Möglichkeiten den soziopolitischen gesellschaftlichen Umwandlungs- und Übergangsprozess in Kaliningrad zu gestalten. Er sei davon überzeugt, dass ein solches Abkommen, möge es auch nur mit einem Regionalparlament am Rande der Ostsee geschlossen werden, aus der Sicht Kaliningrads als eine politische Signalwirkung der demokratischen Kräfte verstanden werde, die überzeugt seien, dass nur dieser Weg dauerhaft eingeschlagen werden könne, wenn sich die Situation in Kaliningrad bessern solle. Er persönlich werbe sehr dafür, dass der Schleswig-Holsteinische Landtag und seine Abgeordneten dieses Engagement unterstützten. Es sei dies eine riesige Herausforderung, die fasziniere und lohne.

Nach kurzer Verfahrensdiskussion trägt der Vorsitzende die einstimmige Bitte an L Dr. Jürgen Schöning heran, mit den Fraktionen über die Einbringung eines interfraktionellen Antrages zu dem Partnerschaftsabkommen für die Dezember-Tagung zu verhandeln. Vorsorglich reserviert der Ausschuss den Sitzungstermin Mittwoch, den 15.12., in der Mittagspause des ersten Plenartages, falls weiterer inhaltlicher Beratungsbedarf besteht.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Bericht über Aktivitäten der Landesregierung im Ostseeraum 1998/1999  
(Ostseebericht)**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 14/2289

hierzu: Umdrucke 14/3647, 14/3665

(überwiesen am 17. September 1999 zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den Bericht ohne Debatte abschließend zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

### **Northern Dimension - Bericht des MJBE**

hierzu: Umdruck 14/2417

AL Werner Kindsmüller unterstreicht die Bedeutung der Northern Dimension für Schleswig-Holstein dahin, dass diese in erster Linie auf eine strategische Ausrichtung der EU-Politik auf den Norden Europas ziele und insofern auch für Schleswig-Holstein und deren Ostseeausrichtung sehr wichtig sei. Genau genommen sei die Northern Dimension nach der Baltic Sea Initiative die zweite Initiative, die diese Region Europas in den Mittelpunkt stelle. Die Perspektive dieser auf finnische Initiative zurückgehenden Konzeption sei es, in erster Linie die ökonomischen Potentiale, das heißt die Rohstoffpotentiale Nordwestrusslands in die europäische Konzeption einzubeziehen. Dies sei auf der Außenministerkonferenz am 12.11.1999 in Helsinki, auf der Minister Walter auf Einladung der finnischen Außenministerin zugegen gewesen sei, sehr deutlich geworden. Für Europa insgesamt, nicht nur für Nordeuropa, sei es eine existenzielle Frage, wie man langfristig mit den Rohstoffreserven Russlands umzugehen habe. Das sei aber nicht nur eine ökonomische Frage, sondern auch eine sicherheitspolitische Frage von höchster Bedeutung.

Die Außenministerkonferenz in Helsinki habe besonders deutlich gemacht, dass es eben nicht um eine regionale Marotte gehe, sondern - das hätten auch Sprecher aus Portugal, Spanien und Frankreich bestätigt, die sich in den zurückliegenden Monaten eher reserviert gegenüber der Northern Dimension verhalten hätten - es gehe um eine gesamteuropäische Konzeption. Die Perspektive der Northern Dimension nach dem Übergang der finnischen Ratspräsidentschaft auf die portugiesische werde sein, dass ein Aktionsplan zu erstellen sei. Es werde Ende kommender Woche auf dem Gipfel in Helsinki voraussichtlich beschlossen werden, dass die portugiesische Ratspräsidentschaft zusammen mit der Kommission einen Aktionsplan erarbeite, der ganz genau auflisten solle, in welchen Bereichen mit welchen Maßnahmen das Konzept der Northern Dimension ausgefüllt werden solle.

Zu der stattgefundenen Außenministerkonferenz seien folgende Anmerkungen zu machen. In der Presse - einem Artikel der „FAZ“ - sei deutlich geworden - die anderen Medien hätten es nicht bemerkt -, dass nicht ein Außenminister der Europäischen Union zugegen gewesen sei. Das sei im Grunde eine Schande für ein solch wichtiges Thema. Vertreten gewesen sei lediglich der russische Außenminister sowie der jetzt neu zuständige EU-Kommissar Chris Patten. Über das Fehlen der EU-Außenminister habe es gelinde gesagt einiges Erstaunen gegeben.

Die Außenministerkonferenz habe zwei Themen herausgehoben behandelt, nämlich zum einen das Thema Kaliningrad. Es sei bei dieser Konferenz deutlich geworden, dass Kaliningrad der sogenannte focus point der Northern Dimension sein werde. Wenn es nicht gelinge, am Beispiel Kaliningrads die Integration Russlands in Kooperation mit der Europäischen Union zu realisieren, dann sei die Northern Dimension das Papier nicht wert, auf das sie geschrieben sei. Das sei von verschiedenen Rednern deutlich gesagt worden.

Der zweite Punkt, über den Schleswig-Holstein als Landesregierung sehr zufrieden sei, sei, dass in fast allen Reden die Notwendigkeit einer besseren Harmonisierung der bestehenden EU-Förderung unterstrichen worden sei. Das sei nicht nur eine technische Frage, sondern es sei auch eine Frage, ob die hehren Grundsätze, die in den Papieren immer verfasst würden, tatsächlich auch in den Regionen und für die Regionen umgesetzt werden könnten.

Der „Fokus“ Kaliningrad als russische Enklave innerhalb der Europäischen Union sei mehrfach zwar betont worden, aber man habe gleichzeitig auch feststellen müssen, dass sich alle Redner mit konkreten Antworten noch sehr zurückgehalten hätten. Deshalb werde es bei der Ausführung des Aktionsplanes vor allem darum gehen, sehr konkrete Maßnahmen zu formulieren, wie Kaliningrad tatsächlich in die dann erweiterte Europäische Union eingebunden werden könne. Ein weiterer Schwerpunkt, den gerade auch Schleswig-Holstein und die norddeutschen Länder in die Diskussion eingebracht hätten und der dort auch eine Rolle gespielt habe, sei die Frage, wie Russland generell beim Aufbau von modernen demokratischen, rechtsstaatlichen Institutionen geholfen werden könne. Das Stichwort laute: „Institution building“, wie man es im Bereich der baltischen Staaten oder auch Polens im Rahmen der Beitrittsinstrumente habe. Hier helfe die Europäische Union im Rahmen von Phare, Institutionen aufzubauen, wobei der Westen auch Experten entsende. Dies brauche man im Grunde auch für Russland, um beispielsweise das Justizwesen oder das Finanzwesen und ähnliches auf einen modernen europäischen Standard zu bringen.

Ein anderer Punkt, der gerade von Schweden sehr deutlich angesprochen worden sei, sei die etwas „tabuisierte“ soziale Dimension in der Northern Dimension. In der Northern Dimension sei sehr viel die Rede von Rohstoffen, von der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der nuklearen Sicherheit und ähnlichem, aber relativ wenig sei die Rede von der sozialen Dimension. Die Gefahr der sozialen Ausgrenzung von Älteren, sozial schwachen Kindern und einer alles in allem nicht zufriedenstellenden Gesundheitsversorgung werde noch zu wenig diskutiert. Und auch hier könnten die Subregionen wichtige Beiträge zur Implementierung der nördlichen Dimension leisten.

Ein weiteres Thema, das sich für den Aktionsplan herauskristallisiert habe, sei das Thema der transeuropäischen Netze beziehungsweise generell der Verbesserung der Infrastruktur unter Einbeziehung Russlands. Wenn man den Ostseeraum und den Norden Europas als Einheit betrachte, müsse man auch die Kompatibilität der verschiedenen Verkehrssysteme und Planungssysteme anstreben. Das werde eine schwierige und langwierige, nicht zuletzt kostspielige Angelegenheit sein, aber es sei insbesondere wichtig für Russland. Der russische Außenminister habe in seiner Rede darauf hingewiesen, dass Russland natürlich bereit sei, mit der Europäischen Union und den Mitgliedsländern sich auf eine gemeinsame Energiepolitik einzulassen und auch die eigenen Rohstoffvorräte dafür zur Verfügung zu stellen, aber man erwarte gleichzeitig, dass die Europäische Union dabei helfe, die eigenen Infrastrukturdefizite zu beheben und sozusagen in einem Jointventure zu einer gemeinsamen Entwicklungsstrategie zu kommen. Das sei im Übrigen auch deshalb vernünftig, weil man wisse, dass Erlöse, die für Rohstoffverkäufe nach Russland gingen, sicherlich nicht langfristig eingesetzt würden, sondern etwa zur kurzfristigen Tilgung von Schulden beziehungsweise von Zinsen verwendet würden, oder aber in andere Kassen fließen. Insofern sei ein solches Jointventure ein intelligentes Projekt nach dem Motto „Rohstoffe für Infrastruktur“. Das würde das langfristige Interesse der Europäischen Union sichern.

Bei dem Spezialthema „Interoperabilität“ gebe es bereits ermutigende Fortschritte auch vonseiten der Kommission, so dass man hoffe, die Probleme, die es in der Vergangenheit gegeben habe, in der nächsten Phase ab 2000 lösen zu können.

Für die nähere Zukunft seien folgende Schritte vorgesehen. In der kommenden Woche werde der europäische Gipfel in Helsinki voraussichtlich den Beschluss fassen, die Kommission unter neuer portugiesischer Leitung mit dem bereits erwähnten Aktionsplan zu beauftragen. Es sei allerdings noch nicht klar, wann dieser Plan kommen werde. Die Portugiesen hätten angekündigt, diesen Plan relativ schnell, also während ihrer Präsidentschaft, zu erstellen. Er, AL Kindsmüller, habe daran gewisse Zweifel. Die Schweden, die 2001 die Präsidentschaft übernehmen, zeigten sich ehrgeizig und erklärten sich bereit, diesen Plan zu erstellen. Dies sei alles abzuwarten. Auf alle Fälle sei zwischen den norddeutschen Ländern abgesprochen, ebenso wie mit dem Auswärtigen Amt, dass man sehr konkrete Beiträge auf der Basis dieses gemeinsamen Papiers einbringen wolle. Das AA habe dazu ausdrücklich eingeladen. Damit solle dann die Northern Dimension vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Man brauche jetzt praktische Projekte; Papiere seien genug beschrieben. Es müsse darum gehen, praktische Projekte umsetzen zu können, und dafür solle der Aktionsplan dienen.

Zu erwähnen sei in diesem Zusammenhang, dass es dafür keine neuen Mittel gebe, sondern die Aktionen müssten mit den bestehenden Mitteln finanziert werden. Notwendig seien aber Ver-

einfachungen. Hinzu komme eine bessere Koordinierung der bestehenden Einrichtungen. Schleswig-Holstein habe hier viele Chancen, seinen Erfahrungsschatz und die bestehenden Netzwerke einzubringen.

In der sich anschließenden Diskussion unterstreicht der stellv. Vorsitzende das Bestreben des Ausschusses, sich an der Erstellung des Aktionsplans beteiligen zu wollen. Er spricht im Namen des gesamten Ausschusses die Bitte aus, über die neuen Entwicklungen stets zeitnah unterrichtet zu werden, damit sich die Ausschussmitglieder in ihren Arbeitsgruppen und in ihren Fraktionen mit der Thematik auseinandersetzen könnten. Er selbst messe dem Aktionsplan eine große Bedeutung bei. Auch wenn „Northern Dimension“ im Moment noch ein Ausdruck mehr für Fachleute sei, müsse es dennoch darum gehen, den Begriff in der Bevölkerung zu verankern, und das werde nur über konkrete Projekte und Aktionen geschehen können. Deshalb dürfe das Ganze nicht nur auf Regierungshandeln beschränkt bleiben, sondern der Europaausschuss müsse sich stets zeitnah beteiligen.



Punkt 5 der Tagesordnung:

**Umsetzung des Kooperationsabkommens der schleswig-holsteinischen Landesregierung mit der Kaliningrader Oblast**

hierzu: Umdruck 14/4130

AL Werner Kindsmüller greift die Ausführungen von L Dr. Schöning unter Punkt 4 der Tagesordnung zur Arbeit der zwölköpfigen Delegation in Kaliningrad in der vergangenen Woche auf, in der die Entwicklung von konkreten Projekten der Zusammenarbeit zwischen Landesregierung und der Oblast Kaliningrad beraten worden sei. Bereits im Februar 1999 habe die Ministerpräsidentin des Landes mit dem Gouverneur von Kaliningrad ein Memorandum unterzeichnet (siehe Umdruck 14/4130); in der Zwischenzeit habe es verschiedene Versuche gegeben, dieses Memorandum mit Leben zu erfüllen. Man habe aber immer wieder festgestellt, dass es sehr schwierig sei, konkrete Projekte zu definieren, weshalb man nun die Form des bereits erwähnten Arbeitstreffens gewählt habe. Dabei sei es in der Tat gelungen, von beiden Seiten Fachleute an einen Tisch zu bekommen. Das sei der größte Vorteil dieses Treffens gewesen. Man habe nicht „den Flaschenhals“ Gebietsadministration/Verwaltung gehen müssen, sondern es seien für die verschiedenen Felder auch die Fachleute von Kaliningrader Seite zugegen gewesen.

Vonseiten Schleswig-Holsteins seien das Landwirtschaftsministerium, das Innenministerium, die Energiestiftung, das Sozialministerium sowie das EU-Ministerium vertreten gewesen. Man habe insgesamt acht konkrete Projekte mit Zeitplänen und Überlegungen zur Finanzierung entwickelt, und auch die Verantwortlichen dafür bestimmt.

Das erste Projekt diene der Präsentation der jeweiligen Wirtschaft im jeweils anderen Gebiet. Im Mai kommenden Jahres werde zunächst die Wirtschaft Kaliningrads sich in Schleswig-Holstein präsentieren unter Einbeziehung deutscher Unternehmen, die in der Oblast Kaliningrad tätig seien und informieren und werben sollen. Im September sei dann eine Präsentation der schleswig-holsteinischen Wirtschaft in Kaliningrad vorgesehen.

Das zweite Projekt sei die Unterstützung eines Kinderheimes in Kaliningrad. Dabei gehe es in erster Linie um humanitäre Hilfe, aber auch um einen Erfahrungsaustausch zwischen den Fachkräften. Hier sei das Sozialministerium federführend.

Das dritte Projekt sei ein tourismusorientiertes Entwicklungskonzept der Kurischen Nehrung und des Frischen Haffs. Ziel dieses Projektes sei die Erstellung eines regionalen Planungs- und Entwicklungskonzepts für diese beiden Nehrungen in Zusammenarbeit mit Polen und Litauen. Dies mache den besonderen Reiz dieses Projektes aus; denn es wäre das erste grenzüberschreitende Projekt, in dem sowohl EU-Mitgliedsstaaten, als auch Beitrittsländer und Russland gemeinsam planen würden. Ziel sei, Ideen zu entwickeln, wie diese Region auch unter Naturschutzaspekten touristisch besser genutzt werden könnte. Dieses Projekt könnte hochinteressant sein, und man werde noch im Januar einen ersten Workshop durchführen, um die inhaltliche Ausgestaltung dieses Projektes auf den Weg zu bringen.

Ein weiteres Projekt befasse sich mit der Stadt- und Raumplanung unter Einbeziehung der Städte Kaliningrad, Danzig, Kiel und Rostock. Hierbei gehe es um stadtplanerische Fragen. Als nächstes Projekt sei die Einbeziehung Kaliningrads in den Aufbau von Energienetzwerken rund um die Ostsee vorgesehen.

Ein anderes Projekt, das fortgeschrieben werde, beinhalte die Fortbildung von Agrarfachkräften. Im kommenden Jahr würden 15 Fachkräfte aus der Landwirtschaft Kaliningrads sich für sechs Monate in Schleswig-Holstein aufhalten. Das sei fast eine Verdoppelung der bisher angebotenen Plätze. Diese jungen Fachkräfte würden in landwirtschaftlichen Betrieben mitarbeiten und darüber hinaus an entsprechenden Ausbildungsstätten in Schleswig-Holstein ihre theoretischen Praktika ableisten.

Der bereits seit langer Zeit laufende Austausch von Studierenden im Polizeibereich zwischen der Verwaltungsfachhochschule Altenholz sowie der Hochschule Kaliningrad werde ebenfalls ausgeweitet. Er werde ergänzt um ein gemeinsames Hintergrundseminar zwischen Fachkräften aus Kaliningrad und Schleswig-Holstein zum Thema organisierte Kriminalität. In diesem Hintergrundseminar solle die Situation der organisierten Kriminalität in Russland und speziell in Kaliningrad aufgearbeitet werden. Darüber hinaus sei auch der Austausch von Polizeibeamten für eine bestimmte Zeit vorgesehen, damit es über die Arbeitsbedingungen, und die Arbeitsfelder der jeweils anderen Seite zu besseren Informationen komme.

AL Werner Kindsmüller schließt seinen Bericht mit folgenden Bemerkungen. L Dr. Schöning habe bereits angedeutet, dass die Herausforderung, die die Erweiterung der Europäischen Union für die Oblast Kaliningrad bringe, dort nicht nur als Ahnung vorhanden, sondern inzwischen auch ein wichtiges Thema in der politischen Diskussion sei. Im Besonderen werde die Frage der Reisemöglichkeiten nach der Erweiterung der Europäischen Union als ein sehr gravierendes Problem gesehen. Wenn man sich realisiere, dass jährlich etwa 3,5 Millionen Grenzübertritte von Kaliningrad nach Polen und rund 4 Millionen Grenzübertritte von Kaliningrad

nach Litauen erfolgten, dann könne man sich vorstellen, wie entscheidend es sei, hier zu befriedigenden Visaregelungen zu kommen.

Das Stichwort „Baltic Schengen“, das immer wieder in die Diskussion geworfen werde, symbolisiere die Thematik. Man wisse allerdings in Kaliningrad, dass das Optimum dessen, was man herausholen könne, eine Regelung sein werde, wonach die Bürger Kaliningrads ein Dauervisum bekämen. Diesbezüglich seien sehr konkrete Erwartungen an Schleswig-Holstein formuliert worden, nämlich beispielsweise entsprechende Kontakte in Brüssel zu den verantwortlichen Stellen herzustellen, die auf dieser Ebene zu verhandeln in der Lage seien.

Was die Meinung der Kaliningrader Vertreter bezüglich der Haltung Moskau angehe, so erwarte man sie von dem geographisch näherliegenden Schleswig-Holstein mehr als von Moskau. Schleswig-Holstein sei bemüht, sich hier einzubringen. Man werde im Februar kommenden Jahres in Brüssel eine kleine Tagung zusammen mit Kaliningrad veranstalten, um die zuständigen Dienststellen der Europäischen Union mit an den Tisch zu bringen und auch die Vertreter der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union im Ostseeraum einzubinden, um über die Problematik zu sprechen, allerdings unter Einbeziehung des Außenministeriums in Moskau; denn ohne dieses Ministerium laufe im Grunde nichts.

Das nächstgrößte Problem sei, dass Kaliningrad überhaupt keine Informationen darüber habe, was in Brüssel laufe. Dazu bekomme es auch von Moskau keine Hinweise. Auch habe Kaliningrad keine eigene Vertretung in Brüssel. Es sei verabredet worden, dass Schleswig-Holstein Kaliningrad ständig mit für sie interessante Informationen aus Brüssel beliefern werde. Inzwischen gebe es in der Gebietsverwaltung auch Leute, die Englisch sprächen, so dass ein direkter Draht vorhanden sei. Darüber hinaus habe Schleswig-Holstein angeboten, ein mehrmonatiges Praktikum im Hanse Office durchzuführen, sobald die Finanzierungsfrage gelöst sei.

Interessant für die politische Bewertung im Ausschuss, so fährt AL Kindsmüller fort, sei die hohe Erwartung, die an den Vorsitz Deutschlands im Ostseerat geknüpft werde. Im Moment habe Norwegen den Vorsitz, und anders als der litauische Vorsitz davor, habe der norwegische Vorsitz nach Bekunden Kaliningrad nichts für Kaliningrad getan. Umso mehr erwarte man sich nun vom deutschen Vorsitz. Er, AL Kindsmüller, wolle ganz offen bekennen, dass die Einschätzung, die Schleswig-Holstein bezüglich der Initiativen der Bundesregierung auf diesem Gebiet habe, eher verhalten sei. Das habe damit zu tun, dass man möglicherweise in Berlin viel vorsichtiger mit den deutsch-russischen Beziehungen in der Oblast Kaliningrad umgehe, als es mittlerweile von russischer Seite gesehen werde. Oder anders gesagt: In Russland beziehungsweise Kaliningrad gehe man sehr pragmatisch mit dieser Frage um. Man sage, gemeinsame Geschichte sei das eine, das andere sei die Frage, wie man in Zukunft Hilfe bekomme. Von

daher werde Schleswig-Holstein bemüht sein, der Bundesregierung klarzumachen, dass man aufgrund der gemeinsamen leidvollen Geschichte jetzt nicht in den Fehler verfallen dürfe, Kaliningrad mit spitzen Fingern anzufassen. Man müsse vielmehr versuchen, konkret zu helfen. Der Vorsitz Deutschlands im Ostseerat sei eine gute Chance, dies zu tun. Das werde in Kaliningrad auch so gesehen.

Abschließend sei noch zu den Kontakten zum deutsch-russischen Haus in Kaliningrad ein Wort zu sagen. Hier stehe ein Wechsel in der Leitung an. Das deutsch-russische Haus sei mittlerweile in Kaliningrad auch vonseiten der Verwaltung Kaliningrads als Treffpunkt und Veranstaltungsort voll akzeptiert. Es gebe bei der Durchführung von Seminaren dort überhaupt keine Probleme. Schleswig-Holstein hoffe, dass der neue Leiter, der sehr enge Beziehungen zu Brandenburg habe, gleichwohl auch die anderen norddeutschen Bundesländer bei seinen Aktivitäten nicht ganz übersehen werde. Mit dem jetzigen Leiter sei die Kooperation hervorragend gelaufen. Er hoffe, dass diese auch für die Zukunft so sein werde.

Seine abschließende Beurteilung fasst AL Werner Kindsmüller folgendermaßen zusammen: Zurückblickend auf die letzten beiden Jahre sei Kaliningrad aufgewacht. Die Verantwortlichen gingen offen und pragmatisch, häufig aber auch noch hilflos mit den sich insbesondere aus der anstehenden EU-Erweiterung ergebenden Problemen um. Sie erwarteten von Schleswig-Holstein vielleicht mehr Unterstützung, als das Land tatsächlich leisten könne, insbesondere bei der Herstellung von Kontakten nach Brüssel. Aber Schleswig-Holstein könne mit seinem engen Netz an Beziehungen zu einem wichtigen Helfer Kaliningrads werden. Diese Rolle sollte das Land nutzen. Man sollte auch gerade das Konzept der Northern Dimension nutzen, um einen Schwerpunkt auf Kaliningrad zu legen; denn da werde sich letzten Endes entscheiden, ob die EU/Russlandbeziehungen praktikierbar sein würden. Hier glaube er das Land auf einem guten Weg. Die vereinbarten Projekte liefen sehr schnell an. Man erwarte bereits im kommenden Jahr erste Ergebnisse. Damit sei Schleswig-Holstein das erste Bundesland, das über Konferenzen und entsprechende Deklarationen hinaus wirklich konkrete Projekte anpacke, die mehr seien als nur allgemeine Bekundungen des Wohlwollens.

Besonders hervorzuheben seien dabei das Polizeiprojekt sowie das Projekt des Landwirtschaftsministeriums; hier sei bereits Pionierarbeit geleistet worden. Das sei von Kaliningrader Seite hoch anerkannt worden. Wenn nun der Landtag diese Übereinkunft schließe, dann, so stellt AL Kindsmüller abschließend fest, runde das sozusagen die Beziehungen mit Kaliningrad in einer sehr positiven und wohlgefälligen Art ab.

Der stellv. Vorsitzende, Abg. Thorsten Geißler, signalisiert die Unterstützung des EU-Ausschusses auch zu diesen Fragen, betont jedoch gleichzeitig, dass die Ostseearbeit des Par-

laments nicht einseitig auf Kaliningrad fokussiert werden dürfe. Er spricht davon, dass überall Erfolg versprechende Möglichkeiten bilateraler Zusammenarbeit zu sehen seien, die auch weiterhin gefördert werden müssten. Wenn es gelingen sollte, weitere Kooperationsabkommen mit anderen Ländern zu schließen und endlich mit Leben zu erfüllen, wie es mit Kaliningrad nun anlaufe, dann sei man auf einem Erfolg versprechenden Weg der Ostseepolitik Schleswig-Holsteins.

Abg. Dr. Gabriele Kötschau gibt die Anregung mit auf den Weg, auch die Vertreter des freiwilligen ökologischen und sozialen Jahres mit in diese Arbeit einzubinden.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Erster Sachstandsbericht über die im Zusammenhang mit der Lettland/Litauen-Reise aufgeworfenen Fragen des Europaausschusses**

AL Werner Kindsmüller teilt mit, dass die Berichtswünsche an die zuständigen Ressorts weitergeleitet worden seien, wie es Minister Walter in seinem Schreiben vom 30.11. bereits angekündigt habe.

Darüber hinaus habe das Ministerium aber den Wunsch, zu einzelnen Punkten ergänzende Informationen zu erhalten, da das Ministerium nicht auf der Reise dabei gewesen sei und deshalb oft den Hintergrund für die erfragten Informationen nicht kenne. Es sei leichter, die einzelnen Wünsche zielgenauer in den Verhandlungen mit den Partnern in Lettland und Litauen im Rahmen der vorhandenen Partnerschaften einzubeziehen, wenn diese Hintergründe bekannt seien. Das bedeute allerdings, dass ein kurzfristiger Sachstandsbericht zwar von den Ressorts geliefert werden könne, nicht aber die Meinung der Partner der beiden Länder mit einbezogen werden könne. Dies sei erfahrungsgemäß ein viel zeitaufwendigerer Prozess, insbesondere dann, wenn die Umsetzung auch in Zusammenarbeit mit den lettischen oder litauischen Partnern erfolgen solle.

Der stellv. Vorsitzende erklärt sich bereit, die zusätzlich gewünschten Informationen in einer kleinen Gesprächsrunde zu übermitteln. Er wünscht jedoch gleichzeitig in der noch laufenden Legislaturperiode Auskunft darüber, ob die Landesregierung bei den einzelnen Punkten eine Intensivierung der Zusammenarbeit als möglich erachte. Zugegebenermaßen gehe es hier um einen kooperativen Ansatz. Der Europaausschuss habe eine sehr erfolgreiche Reise durchgeführt und Themenfelder ausgemacht, in denen die Beziehungen intensiviert werden sollten. Dazu brauche man als Partner die Landesregierung, mit der nun der Wunsch nach enger Zusammenarbeit bestehe.

Abg. Weber begrüßt den Vorschlag, in kleinerer Gesprächsrunde die Realisierungsmöglichkeiten der einzelnen Punkte zu prüfen und die Berichtswünsche zu konkretisieren. Dies soll baldmöglichst erfolgen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Der stellv. Vorsitzende erläutert das Besuchsprogramm einer Delegation litauischer Parlamentarier am Freitag, dem 10. Dezember 1999, im Schleswig-Holsteinischen Landtag und bittet um rege Beteiligung.

Der stellv. Vorsitzende, Abg. Thorsten Geißler, schließt die Sitzung um 12:00 Uhr.

gez. Thorsten Geißler  
Stellv. Vorsitzender

gez. Dr. Ursula Haab  
Geschäfts- und Protokollführerin